

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstankalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Venloerwall 9.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Von Münster bis Regensburg.

Wenn dieses Blatt in die Hände der Leser kommt, werden die Delegierten und die Führer des Verbandes entweder bereits in Regensburg angekommen, oder doch schon zur Reise bereit sein. Eine wichtige und verantwortungsvolle Arbeit steht ihnen bevor. Rückschauend, sollen und werden sie prüfen, welches Resultat die Beschlüsse der letzten Generalversammlung gezeitigt haben. Vorausschauend, werden sie offenen Auges und durchdrungen von dem Willen, zur Entfaltung unseres Banners in immer weiteren Kollegentreifen die Wege zu ebnen, Richtung und Art der künftigen Arbeit bestimmen.

Als wir in Münster zusammentraten, konnten wir — rückschauend auf Würzburg — nur von einer Mitgliederzunahme von 85 Köpfen berichten. Das war herzlich wenig. Umso erfreulicher ist inzwischen der Mitgliederbestand gewachsen; von 1462 Mitgliedern am Schlusse des ersten Quartals 1910 sind wir auf 2429 am Schlusse des ersten Quartals 1913 gestiegen. Die Zunahme beträgt also 977. Beinahe wären wir an tausend herangekommen. Unser Verbandsvermögen ist im Jahre 1912 allein um 13074 Mark gewachsen, es beträgt: in der Hauptkasse 30496,32 Mark, in den Totalkassen 6755,52 Mark; zusammen 37251 Mark. (Die Endzahl vom 1. Quartal 1913 steht augenblicklich noch nicht fest.) In den Jahren 1910 und 1911 war bekanntlich sowohl die finanzielle, als auch die Mitgliederentwicklung unbefriedigend.

So sehr dieser im vergangenen Jahr eingetretene Fortschritt zu begrüßen ist, muß er uns doch von übertriebenen Folgerungen, vor der Meinung, daß wir demnach eine weitere Verstärkung unserer Einnahmequellen nicht notwendig hätten, bewahren. Nicht nur das. Vermögen ist gewachsen, sondern auch die Zahl derjenigen, die ein Anrecht darauf haben und nicht zuletzt die Gefahr, heute oder morgen in einen größeren Kampf verwickelt zu werden. Diese Umstände sind in's Auge zu fassen, wenn man die Anträge des Zentralvorstandes auf Erhöhung der Beiträge prüft.

Die Anstellung des zweiten Beamten, die in der Berichtzeit erfolgt ist, hat sich sicherlich rentiert. Aus dieser Erfahrung können wir auch wohl den Schluß ziehen, daß dort, wo erstens ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist und zweitens angenommen werden kann, daß durch eine freigestellte Kraft in der inneren oder äußeren Entwicklung des Verbandes wesentliche Fortschritte zu erzielen wären, mit der Anstellung eines Beamten nicht gezögert werden soll. Ein Muster für die Entwicklung und die Tätigkeit aller Zahlstellen können wir die Zahlstelle Regensburg nennen, die den Verbandstag gastlich aufnehmen wird. Sie hat seit 1910 einen sehr erheblichen Zuwachs zu verzeichnen, was auf die unermüdete Tätigkeit des dortigen Vorstandes, auf die harmonische Zusammenarbeit aller Kolleginnen und Kollegen zurückzuführen ist. So soll es sein im ganzen Verbandsgebiet. Wenn die Regensburger Tagung in diesem Sinne fruchtbar wird, dann werden wir befriedigt sein.

Möge der Pfingstgeist über uns schweben, den heiligen Eifer für eine gute Sache auslösen.

Dann werden die Delegierten zurückkehren können in ihren Wirkungskreis mit dem Vorsatz, nicht nur selbst als Befechter unserer gemeinsamen Sache zu wirken, sondern sie werden das Bedürfnis haben, neue Kräfte für uns lebendig zu machen, damit wir bei der folgenden Generalversammlung von recht großen Fortschritten berichten können. In diesem Sinne rufen wir den Delegierten zur Regensburger Generalversammlung zu: Glück auf!



1910 — 1913.

Seit Münster die Vertreter des Verbandes in Ielnen Mavern ich zu Gall,
Ging's in den Gauen un'res Vaterlandes
Fried an die Arbeit; ohne Raß.
Wir waren fünfzig mehr als vierzehnhundert
Und hatten dreizehntausend Mark.*
Seul' sind wir über vierundzwanzighundert
Und haben dreißigtausend Mark.**

Beinah' verdoppelt haben sich die Zahlen;
Uns ward zuteil ein zweites Gut:
In diesen drei vergang'nen Arbeitsjahren
Wuchs manchem Kämpfer auch der Mut!
Zielklar und selbstbewußt — so liehen
Wir heute da, wie zum Geselcht;
Ist bisher alles nicht nach Wunsch gelchehen,
So war der Wille doch nicht schlecht.

Am Horizonte mehren sich die Zeichen,
Die Unheil kündend vor uns steh'n;
Soll uns der Arm der Feinde nicht erreichen,
Ist's klug, sich zeitig vorzuleh'n.
Mit der Gefahr wächst immer das Vertrauen
Zur eignen Kraft; der Widerstand,
Den wir am Gegner mählich schwellend schauen,
Ist uns des Sieges Unterpfand.

In Regensburg, wenn wir nach rückwärts schauen,
Entbrenne recht des Eifers Glut,
Noch stärker, schöner unser Haus zu bauen,
Daß es uns schirme — treu und gut — !
Von außen sei es frohig, wie die Zinnen
Der Alpen, die kein Donner schreckt;
Und freundlich, heimlich soll es sein von innen,
Daß es den Trieb zur Arbeit weckt.

* Am Schlusse des 1. Quartals 1910. In der Hauptkasse 12812,24 Mfr. Totalkassen 6514,40 Mfr.
** Am Jahreschlusse 1913 in der Hauptkasse 30496,32 Mfr. Totalkassen 6755,52 Mfr.



In den Anträgen.

In letzter Stunde sei mir noch ein Wort zu den Anträgen gestattet.
Die beiden wichtigsten Anträge betreffen Beitragserhöhung u. Anstellung eines Beamten für die Papierar-

beiter. Das ist un schwer aus der bisherigen Diskussion zu erkennen. Die meisten Stimmen haben sowohl für eine Erhöhung der Beiträge, als auch für die Anstellung eines Beamten Stellung genommen. Das hat mir ordentlich wohl getan. Zeigt das doch, daß unsere Kollegen für das, was uns not tut, Verständnis haben.

Bezüglich der Beitragserhöhung kann man hoffen, daß allzu große Sprünge vermieden werden. Eine Erhöhung in allen Klassen um 5 Pfennige wäre schließlich das Beste. Dagegen möge die Generalversammlung den Zahlstellen die 10 Prozent entziehen, die ihnen heute zufallen, und sie verpflichten, ihre örtlichen Ausgaben durch Erhebung eines Lokalbeitrages zu decken. Verschiedene Zahlstellen haben Lokalbeiträge. Wenn nun z. B. Kollegen, die bisher wöchentlich 45 Pfg. und 10 Pfg. Lokalzuschlag bezahlten, nach dem Antrag Sagen noch 10 Pfg. mehr bezahlen sollen, kämen sie auf 65 Pfg. Das würde ein ziemlich großer Sprung sein. Wenn aber bestimmt würde, daß allgemein eine Erhöhung um 5 Pfennige eintreten soll, daß dort, wo noch immer kein Lokalbeitrag eingeführt ist, derselbe zwangsweise eingeführt werden müßte, dann wäre das jedenfalls eine gerechtere Verteilung der Neubelastung. Gleichzeitige wären die Zahlstellen zu verpflichten, ihre Mitglieder un-aufhörlich darauf hinzuweisen, daß die 4. Klasse nur von Arbeiterinnen und schlecht entlohnerten Hilfsarbeitern benützt werden kann. Das Einzige in eine höhere Klasse liegt ja so sehr im Interesse der Kollegen selbst, daß man sich wundern muß, daß es noch so viele gibt, die in der 35 Pfg.-Klasse steuern.

Wenn im vorbezeichneten Rahmen die Finanzreform durchgeführt würde, dann hätten wir nach meiner Meinung tatsächlich ein gutes Werk geschaffen.

Zur Beitragsfrage.

Nachdem schon so mancher Kollege zu den zu unserer Generalversammlung gestellten Anträgen sich geäußert hat, wird es angebracht sein, daß auch diejenigen ihre Ansicht laut werden lassen, die letzten Endes in Regensburg Entgegenkommen erwarten, ich meine die Papierarbeiter und -arbeiterinnen des Bezirkes Düren.

Man wird nicht erwarten können, daß die seit der letzten Generalversammlung hier gewonnenen mehr als 500 neuen Mitglieder jetzt mit Begeisterung für eine Beitragserhöhung eintreten, denn dafür sind sie noch nicht genügend gewerkschaftlich durchgebildet.

Die Meinung habe ich aber doch von unseren Papierarbeitern, daß sie Verunmittlungsgründen zugänglich sind und daß sie, wenn wir ihnen klar machen, daß wir ohne Beitragserhöhung nicht auskommen, dann auch ohne Murren den eben. Regensburger Erhöhungsbeschlüssen Rechnung tragen werden.

Mit welchen Argumenten will aber übrigens ein vernünftiger Mann wolkender Gewerkschafter die Beitragserhöhung auch bekämpfen? Der Einwand, die Papierarbeiter würden z. Bsp. die wöchentliche Erhöhung von 5 Pfg. nicht leisten können, kann nicht durchschlagend wirken, denn wenn andere kaum besser bezahlte Arbeiter sonstwo viel mehr, ja das doppelte an Gewerkschaftsbeiträgen aufbringen, so werden 5 Pfg. mehr an Beitrag pro Woche für uns doch auch nicht unerschwinglich sein.

Seien wir doch ehrlich. Was andere, nach unserer Meinung irre geleiteten, Arbeiter für Partei und Gewerkschaft aufbringen, ist ungleich höher wie das, was wir für unseren Verband leisten und da sollen wir nun das kleine Mehrgewinn nicht aufbringen können?

Wir wollen doch vernünftige Menschen sein, vernünftiger als jene, die einem unerreichbaren Phantome nachjagen, weshalb wir uns von dieser doch nicht beschämen lassen dürfen. Jedoch ist dieser Beweggrund nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Viel wichtiger ist die unumstößliche Tatsache, daß zur konsequenten und kraftvollen Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben reichliche Geldmittel gehören, weil sonst jeder Kampf — und wäre er noch so aussichtslos — auf die Dauer undurchführbar ist.

Es muß uns möglich sein, unsere Leute Wochen, ja zur Not Monate lang zur Erreichung der gestellten Ziele von der Arbeitstätte fernzuhalten und sie aber trotz und allem vor der Not des Lebens zu schützen.

Wir müssen uns dank der gefüllten Gewerkschaftslosen Tage, ja Wochen und Monate lang davon frei machen können. Tag für Tag wienlos der Sklave des Arbeitgebers zu sein. Wir müssen als Massenbewegung, deren Schlüsselpunkt reichliche Mittel sind, dem Arbeitgeber sagen können, seine Arbeitsbedingungen und der von dir gezahlte Lohn sind nicht mehr zeitgemäß, schaffe Veränderung, denn das scheint uns angebracht.

Das können wir aber nur, wenn wir wissen, daß für die Zeit, die wir event. unsere Arbeitstrait zurückhalten aber die arbeitslos sind, wir an der Organisation eine Stütze haben, die uns vor Hungerkämpfen schützt.

Wer von uns will nun aber allen Ernstes behaupten, unsere 30-40 000 Mark Verbandserlöse genügen, um allen Eventualitäten die Spitze zu bieten? Wenn wir bedenken, was manchmal auf dem Spiele steht, so müssen wir sagen, unser Kampfband muß größer, viel größer sein. Was uns fehlt, ist eine Null am Vermögen nach hinten, allerdings auch bei der Mitgliederzahl.

Verbandsmitglieder des Dürener Bezirkes, die ihr zumerit zu Hundert und mehr in einzelnen Betrieben zusammen arbeiten, bedrückt was es heißt, euch event. Wochen lang ohne Verdienst über Wasser zu halten.

Tausende der wieses kostete, und Tausende darf es kosten, wenn es dadurch gelingt, eure wirtschaftliche Lage zu bessern und zu sichern.

Diese Tausende gibt uns aber nicht der Arbeitgeber und soll sie uns auch nicht geben, denn die fast- und kraftlosen großen Schwarzarbeiter sind keine Stände- und Interessenvereinigungen für vorwärtsstrebende Arbeiter.

Eine freie und unabhängige Organisation, wie wir es sind und sein wollen, lebt nicht von dem Wohlwollen der Arbeitgeber, sondern sie muß ihren Kampfband sich selber schaffen.

In der Opferwilligkeit liegt übrigens unsere Stärke, denn das steht fest, mit einer opferwilligen und sohalsch überzeugungstreuen Stollgenossenschaft lassen sich leichter Schlachten schlagen und Erträge erzielen, als mit sog. Mittellern, denen es zumerit auch schwer fällt, sich über die unrichtige Beitragslast hinaus zu schwingen. Man hört auch manchmal von kurzfristigen Kollegen den Vorwurf, die Organisation tue zu wenig für die Mitglieder oder sie gebe zu zaghaft vor. Die so reden, handeln unbedacht, denn der Mangel an Geldmitteln hat schon manchen Gewerkschaftsführer gezwungen, schweren Drogen von berechtigten Lohnbewegungen Abstand zu nehmen. Solche Situationen können auch für uns kommen, wenn wir nicht zeitig vorbeugen und uns rüsten, weshalb eine Erhöhung unserer Beiträge unbedingt eine Lebensfrage für uns bedeutet.

Das möge man auch in Regensburg bedenken und er-möglichen, ob nicht eine Beitragserhöhung in allen Klassen geboten scheint, wie mir vorschwebt, einerlei ob durch Zentral- oder Lokalauflösung.

Wenn es der Herzogswunsch aller unserer Papierarbeiter ist, recht bald einen freigestellten Beamten für ihr Organisationsgebiet zu erhalten, so darf meines Erachtens auch kein einziger von uns durch einen etwas höheren Beitrag sich abgeben fühlen, denn daß es bei den heutigen Beitragsverhältnissen noch möglich sein soll, einen dritten Beamten anzustellen, glaubt wohl kein Einkämpfer.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 18. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Abrechnungen resp. Gelder sind weiter eingegangen von Berlin 4, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Tü-men und Freiburg.

Eine Zahlstelle wurde in Duisburg gegründet. Der gewählte Vorstand wird betätigt; desgleichen die Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfennig.

Beizert ist die Firma Busch u. Zille in Arnstadt, Schlegel u. von der Heyden in Osnabrück und Grünstadt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Zentralvorstand:
H. A. Hornbach.

Aus der Unfallversicherung.

Die Reichsversicherungsordnung hat rückwirkende Kraft bei Entschädigungsansprüchen aus Unfällen, die vor ihrem Inkrafttreten (1. Januar 1913) passiert sind.

Der Artikel 88 des Einführungsgesetzes zur RVO. ist den Unfallversicherungsanstalten und Unternehmerorganisationen, das geht aus ihrem mehrfachen öffentlichen Aufheben hervor, ein sehr unangenehmer Paragraph. Er besagt folgendes: Die Vorschriften der RVO. sind, wenn sie für die Berechtigten günstiger sind, vorbehaltlich der Artikel 88, 87 bis 93, 96 bis 98, auf die erste Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen anzuwenden, die sich vor dem Inkrafttreten des dritten Buches der RVO. ereignet haben. Dieses gilt jedoch nur dann, wenn der Berechtigte schon nach altem Rechte einen Entschädigungsanspruch hatte und über diesen an jenem Tage noch nicht rechtskräftig entschieden ist. Für Entschädigungsansprüche, die im Falle der Lösung er-worben, gilt Absatz 1 nur, wenn auch der Tod des Ver-letzten vor dem Inkrafttreten des dritten Buches der RVO. eingetreten ist. Wenn der Tod des Verunglückten nach dem 1. Januar 1913 eintrat, gilt somit die RVO., wenn der Unfall sich aus vor dem genannten Tage er-zeichnet hat. Praktisch wird dieser, den Verletzten günstige Artikel 88 des Einführungsgesetzes sich zunächst haupt-sächlich daran zeigen, daß bei den schwelenden Entschädigungsansprüchen bei höher entlohnten Arbeitern der Jahresarbeitsverdienst nicht wie vorher über 1500 M. nur mit einem Drittel, sondern erst über 1800 M. nur mit einem Drittel angenommen werden darf. Auch bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind

Verletzten, der noch kein ganzes Jahr vor dem Unfall im Betriebe arbeitete, hat die RVO. eine dem Verunglückten günstige Methode. Sie läßt den Jahresverdienst solcher Verletzten in der Weise berechnen, daß die Zahl der Tage, an denen der Verletzte im Betriebe beschäftigt war, mit dem durchschnittlichen Verdienst für den vollen Arbeitstag vervielfältigt und für die übrigen betriebs-üblichen Arbeitstage des Jahres der durchschnittlichen Verdienst zugerechnet wird, den während dieser Zeit Ver-sicherung der gleichen Art und Erwerbsfähigkeit im Be-triebe oder in einem gleichartigen benachbarten Betriebe für den vollen Arbeitstag bezogen haben. Ist diese Be-rechnung event. nicht möglich, so ist der Jahresarbeits-verdienst event. nicht möglich, so ist der Jahresarbeits-verdienst für die Verletzten günstiger sein. Es sollte dieses jedoch an jedem einzelnen Falle geprüft werden. Schon die ersten Monate dieses Jahres haben bei der Spruchpraxis am Reichsversicherungsamt gezeigt, daß sich die Verletzten bei diesem neuen Modus besser stellen. Besonders erwähnenswert sind nach Mitteilung der R. f. A. B. folgende Vorschriften der RVO., die nach Artikel 88 zumerit den Verletzten angewendet werden können, wenn deren Fälle bereits vor dem 1. Januar 1913 unabhängig gemacht waren:

1. Nach neuem wie nach altem Rechte ist der Ver-sicherungsträger beizert, den Schadenersatz ganz oder teil-weise zu verlangen, wenn der Verletzte sich dem Unfall beim Wegehen einer Dornblanz zugezogen hat, die nach strafgerichtlichen Urteil ein Verbrechen oder ein vorläuf-liches Verbrechen ist. Diese Verfügung des Versicherungs-trägers hat das alte Recht in keiner Weise eingeschränkt. Infolgedessen konnte z. B. im Geltungsbereich des preu-ßischen Allgemeinen Vergesetzes der Anspruch des Ver-letzten auch dann abgelehnt werden, wenn eine Zornbe-handlung gegen die Kolktverordnungen vorlag, da diese sich mit Rücksicht auf die Höhe der im erwähnten Vergesetz angeordneten Strafe als Vergehen darstellten. Die RVO. hat zumerit den Verletzten bestimmt, daß die Verletzung hergolgzeitlicher Verordnungen nicht als Vergehen in diesem Sinne gilt. Das gleiche hat die RVO. hinsichtlich der Verletzung des § 93 Abs. 2, 3 der SS 96 bis 97 der Seemannsordnung vorgegeschrieben.

2. Die RVO. macht die Gewährung der Hilflosen-rente nur davon abhängig, daß der Verletzte infolge des Unfalls nicht ohne fremde Wartung und Pflege be- stehen kann, also nicht von der weiteren Voraussetzung des alten Rechtes, daß der Verletzte infolge des Un-falles völlig erwerbsunfähig ist.

3. Von erheblicher Bedeutung kann auch in der Ueber-gangzeit die wichtige Vorschrift der RVO. sein, daß der Verletzte schlechthin als völlig erwerbsunfähig gilt für die Zeit, für die ihm die Krankentasse, Inappetitliche Krankentasse oder Ersatzloste Krankentasse oder Kranken-tauspforte gewährt hat, wenn der Versicherungsträger nach dem Beginn der vierzehnten Woche nach dem Un-fall die Fürsorge für den Verletzten nicht übernommen hat.

4. Die Vorschrift der RVO., daß sich die Renten der Hinterbliebenen, welche auf weniger als ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen haben festge-setzt werden müssen, weil mehr als drei auf sich je zu einemünftel Verwitwete vorhanden waren, beim Aus-scheiden eines von ihnen bis zum zulässigen Höchst-trage erhöhen, war im alten Rechte nicht enthalten, entspricht aber der bisherigen Rechtsübung des RVO.

5. Das gleiche gilt von der Vorschrift der RVO., nach welcher auch der Ehefrau, deren Ehe mit dem Verletzten erst nach dem Unfall geschlossen worden ist, ein Anspruch auf Angehörigenrente eingeräumt ist.

6. Günstiger gestellt als bisher ist der Berechtig-te ferner dadurch, daß nach der RVO. die Rente noch für den Sterbemonat, den Monat der Wiedererwerbstätig-keit und den Monat, der das Nutzen der Rente bringt, ge-zahlt wird.

Nur sollen die Versicherungsbehörden prüfen, ob in der Uebergangsperiode in den einzelnen Fällen das neue Recht in den älteren bereits aus der Einführung der RVO. anhängig gemachten Fällen den Verletzten gün-stiger ist, und danach handeln. Aufgabe der Arbeiter-vertreter und der Verletzten muß es jedoch sein, selbst genau Obacht zu geben, daß die erwähnten günstigeren Bestimmungen auch wirklich rückwirkend angewendet werden.

Ein harter Kampf.

Im November des vor. Jahres konnte man im „Typo-graph“ dem Organ des Gutenbergbundes, lesen:

„Lieber verzichten wir auf die Vertreter des Ver-bandes an den Schiedsgerichten, als daß wir dem Gutenbergbund ebenfalls einen Vertreter zubilligen. Unter allen Umständen muß der Gutenbergbund fern-gehalten werden. Der Verband sagt sich, daß bei den Wahlen doch nur Mitglieder des Verbandes gewählt werden, ob wir einen Vertreter mehr oder weniger haben, spielt keine Rolle; aber der Gutenbergbund darf unter keinen Umständen mitwirken.“

Damit wollte der „Typograph“ die Gewinnung fran-zeisicher, die den Buchdrucker-Verband „aus-zeichnen“. Daß diese Gewinnung bei den Verbänden vorhanden ist, und daß sie in den Reihen des Buch-druckerverbandes getarnter Geseß geworden ist, konnte man gelegentlich der Verhandlungen des Tarifaus-schusses beobachten, die am 21. und 22. April in Berlin stattfanden.

Der Verbandsvorsitzende Döblin erklärte nämlich bei dieser Gelegenheit, „daß der Verband der deutschen Buchdrucker gegenüber den fortgeschrittenen Organisationen und Proleten

des Gutenbergbundes — (als solche bezeichnet Herr Döblin die sehr berechtigten Beschwerden des Guten-bergbundes. D. Red.) jedes Zusammengens mit diesem ablehnen müsse, und daß gegenüber diesem Ver-balten des Gutenbergbundes auch die Gehilfenbes-treiter im Tarifauschusse nicht für die Erfüllung von Wünschen des Gutenbergbundes zu haben seien, die derselbe bezüglich einer Vertretung in den Tarifor-ganen geäußert habe. Es liegt hierzu aber um so weniger Veranlassung vor, als es sich bei dem Buch-druckertarife nicht um einen Organisationsstreit handle, sondern um einen solchen der Allgemeinheit der Berufsangehörigen, wie auch die Mitglieder der Tarif-organe nicht von den Organisationen, sondern von der Allgemeinheit gewählt würden. Daß die gewählten Gehilfenmitglieder der Tariforgane Verbandsmit-glieder seien, ergebe sich aus der Stärke der Organi-sation, und es könne ganz selbstverständlich eine Organi-sation von 8000 Mitgliedern nicht dieselben Rechte beanspruchen, wie eine solche von 67 000.“

Man sieht, die Herren Verbändler machen sich die Sache leicht. Wenn der Gutenbergbund 30 000 Mit-glieder hätte, würden sie sagen, man kann doch eine Organisation von 30 000 Mitgliedern nicht dieselben Rechte zubilligen, wie einer solchen von 67 000. Auf gut deutsch heißt das nichts anderes, als daß der Buchdrucker-Verband genommen ist, den Gutenbergbund solange als minderberechtigte Organisation zu betrachten, solange dieser ein Mitglied weniger hat als er selbst. Kennt man dann eine solche Politik als „Außenstehender“ eine schreiende Ungerechtigkeit, dann wirft man dem Guten-bergbund vor, daß er die öffentliche Meinung zu Unrecht gegen die dreimal unzulässigen Praktiken der Ver-bändler mobilisieren wolle und so „das Ansehen der Tarifgemeinschaft untergrabe“.

Mit welcher unglaublichen Freiheit und Verschlo-genheit übrigens die Drahtzieher des „deutschen“ Buch-druckerverbandes immer wieder dessen „Neutralität“ plan-sibel machen wollen, geht aus dem Protokoll der ein-gangs genannten Tarif-Ausschussung wieder einmal hervor. Es heißt da:

„Gegenüber den fortgesetzten Bestrebungen des Gutenbergbundes, der Zersplittertheit und den Besch-werden gegenüber nachzuweisen, daß die Tarifgemeinschaft der Förderung der Sozialdemokratie diene, daß der Verband der deutschen Buchdrucker eine sozialdemo-kratrische Organisation sei und daß die Tariforgane unter dem Einfluß des Verbandes ihre Geschäfte führten und die tariflichen Rechte des Gutenberg-bundes dadurch zu Schaden kämen, erklärt Redner, daß der Verband der deutschen Buchdrucker seine statutenmäßig festgelegte Neutralität in religiösen und politischen Angelegenheiten bis auf den heutigen Tag bewahrt habe.“

So erdreißet sich der Vorsitzende eines Verbandes zu reden, dessen Organ in hunderten von Fällen die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützt hat — und zwar in die der Sozialdemokratie... Was ist nun sachlich bei dieser Tarifauschussung für den Gutenbergbund herausgekommen? Gefordert hatte er u. a.:

1. Zulassung von Vertretern des Gutenbergbundes zu den Schiedsinstanzen der Tarifgemeinschaft der Deut-schen Buchdrucker.

2. Wahl des Typograph als weiteres Organ zur Be-samtlung von Berufsentscheidungen in Sachen des Tarif-überweisung aller Berufsentscheidungen, auch derjenigen der Kreis-Kemter und Gehilfen-Vertreter, an den Typo-graph. Zulassung des Medaktors des Typograph zu den Sitzungen des Tarifauschusses gemäß § 88, Ziffer 4 des Tarifs.

3. Durchführung des § 96 des Tarifs in gleicher Weise für alle Gehilfen in der Zeit, daß die Tarifbeiträge durch die Tarifbetruanensmänner der einzelnen Betriebe von allen Gehilfen des betr. Betriebes eingezogen und an den Gehilfenvertreter abgeführt werden. Sofern dies nicht geschieht, soll für die Mitglieder des Gutenberg-bundes die gleiche Vergünstigung, wie sie heute den Mit-gliedern des Verbandes zusteht, daß von der Organi-sation die Beiträge ohne namentliche Aufführung der Ge-hilfen an dem Gehilfenkreisvertreter für die im Kreis-tätigen Mitglieder des Gutenbergbundes abgeführt wer-den können, gelten. Der Gehilfenkreisvertreter hat über die abgeführten Beiträge in den Organen Quittung zu geben und Rechnungen abzuliefern.

Und das Ergebnis? Der „Typograph“ sagt es in einem Satz zusammen:

„Eine in der Denkschrift des Gutenbergbundes auf-gestellte Forderung und ein Eventualantrag wurden ab-gelicht, zwei Forderungen wurden angenommen resp. in unserem Sinne kommentiert und eine Forderung wird noch das Tarifamt beschäftigen.“

Dieses Resultat durch den Gutenbergbund zwar als einen Erfolg, kann sich aber selbstverständlich nicht dar-mit zufrieden geben, weil ihm noch immer keine volle Berechtigung widerfahren ist. Es wird, das ist unser, aus eigener Erfahrung geschöpfte Meinung, nicht eher bezogen kommen, bis sie erklämpft ist. Daß dieser Kampf gegen Ende der Unabhängigkeit christlich-nationaler Arbeiter gegenüber der Revolutionären partei gilt, ist für uns alle eine feststehende Tatsache. Man kann nur wünschen und hoffen, daß diese Erkenntnis in immer weitere Kreise bringt, besonders auch in die Kreise der Buchdruckerzweigparte, die wahrhaftig Gründe genug hätten, dem roten Terror auch dann zu begegnen, wenn er in häßliche Phrasen und feuchtsüßes Komplimente gekleidet ist. Leider — es ist wirklich traurig, daß man es feststellen muß — hat auch die letzte Tarif-Ausschussung wieder Beweise dafür geliefert, daß die meisten Vertreter der Buchdrucker-Prinzipale dem Liebeswerben der Herren Döblin, Krahl, Albrecht usw. noch immer Vertrauen schenken. Mehr wollen wir uns „Außenstehende“ nicht sagen, obwohl wir Gründe genug hätten, deutlicher zu reden.

Dem „Typhotaph“ und dem Gutenbund möge bei seinem weiteren Fortwirken die Geduld nicht fehlen, der Mut nicht sinken. Die Gerechtigkeit muß und wird siegen.

Adolf Müller.

Deffen Wahlpruch: „Hier stehe ich; ich kann auch anders.“

Es gibt sonderbare Käuze. Sie wechseln nicht nur Gut, Schade und Kleider in kurzen Zwischenräumen, sondern auch die Gesinnung. Zwar schätzt man solche Personen in der Regel nicht besonders gut ein, aber das sind sie doch und treiben ihr Unwesen. Schaden können sie allerdings nicht anrichten, weil sie vor lauter unferigen Ideen letzten Endes von selbst der Lächerlichkeit verfallen.

Adolf Müller hat in der Zahlstelle München des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes seine Erhebungen in der christlichen Gewerkschaft geübt und die Buchb.-Ztg. ist nach genug anzunehmen, vor wären bewegen am liebsten „an den Wänden hinaufgelaufen“. Mag schon sein, daß sich das auch Herr Müller einbildet. Eine starke Einbildungskraft hatte er ja immer. Und noch etwas. Die Fähigkeit, sich zu ändern, wenn er dabei auf seine Rechnung kam. Es ist also möglich, daß er nächstes Jahr um diese Zeit bei den Gelben gelandet ist.

Was hat Adolf Müller an unserer Organisation auszusagen?

1. Sie ist ihm nicht neutral genug.
2. Sie ist ihm zu unehrlich.

Nicht wahr, Herr Müller, so meinen Sie es doch. Wir werden daher auf diese zwei Einwände entgegen.

Zu 1 führt Müller einige Fälle an, die in der Zahlstelle München vorgekommen sein sollen. Akademiker sollen Vorträge gehalten haben, und dabei für die kath. Kirche Stellung genommen haben. Das ist natürlich unsinnhaft und es wäre ein Fehler des jeweiligen Versammlungsleiters gewesen, wenn er derartige Verträge gebildet hätte. Sonderbar ist nur, daß Müller davon bis heute der Verbandsleitung keine Mitteilung gemacht hat. Man kann ganz unmöglich gegen einen Verstoß einschreiten, wenn man keine Ahnung davon hat, daß ein solcher vorgekommen ist. Soweit wir wissen, war damals kein evangelisches Mitglied in der Zahlstelle München. Da ist es schon möglich — obwohl es nicht sein darf — daß ein Hebräer einmal zu wenig beachtet, daß er in der interkonfessionellen Gewerkschaft weicht. In evangelischen Gegenden ist es auch schon vorgekommen, daß sich ein Hebräer in der Versammlung der Gewerkschaft einseitig auf den evangelischen Standpunkt stellte und dieserhalb zur Ordnung gerufen wurde.

Diese Sache ist also durchaus nicht so tragisch zu nehmen. Es bedarf nur eines Wortes seitens irgend eines Zuhörers, dann wird einem solchen „Nebel“ abgeholfen sein.

Aber eine interessante Frage hätten wir nun an Herrn Adolf Müller, der doch, wie wir annehmen, seine religiöse Überzeugung nicht wie ein Hemd wechseln will und kann, zu richten: Kann ein solcher Vorfall einen katholischen Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen Gewerkschaft beigutreten, von deren Religionsfeindschaft er überzeugt ist?

Um die Interkonfessionellität der christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum (dem Müller sonst mit bekanntem Eifer diene) zu beweisen, erzählt er, daß in München einmal nach der Versammlung ein kleiner Betrag für das Zentrum gesammelt wurde.

Wir stehen nicht an, zu sagen, daß auch dies nicht in der Ordnung war, wenn es vorgekommen ist, obwohl man schließlich einen Kollegen, der nach der Versammlung unter seinen Tischhaken für einen neuen Hut oder für den „Joo“ oder für irgend einen anderen Zweck sammelt, nicht hinauswerfen kann. Wenn wir trotzdem betonen, daß man es vermeiden soll, die gelegentlich der Versammlungen zusammengekommenen Kollegen nach Schluß der Versammlung mit Worten oder Taten für irgendeine bestimmte Partei in Anspruch zu nehmen, so deshalb, weil das zu Wirksamkeiten führen kann, wie ja der vorliegende Fall zeigt. Wann und wo hat aber eine christliche Gewerkschaft je Gelder an das Zentrum oder an eine andere politische Partei abgeführt? Solange Müller und seine Hintermänner diesen Beweis nicht zu erbringen vermögen, verteufeln sie uns, wenn sie uns vorwerfen, wir verleugnen die politische Neutralität durch Geldspenden an das Zentrum. Müller ist ja angeblich mit vielen internen Angelegenheiten vertraut. Wenn er sagen kann, daß in irgend einer Gewerkschaft, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, jemals Geld für eine bestimmte politische Partei verwendet worden wäre, dann mag er doch mit seinem Material herausschälen. Die christlichen Gewerkschaften können es schon ertragen, wenn ein Hebräer interne Angelegenheiten auschmachtet.

Wir müssen wiederum eine Frage an Herrn Müller richten:

Weiß Herr Müller nicht, daß die sozialdemokratischen Verbände tausende von Mark an die Kasse der sozialdemokratischen Partei abgeführt haben, und kann er trotzdem einer solchen Gewerkschaftsrichtung Sympathien abgewinnen?

Daß die Buchb.-Ztg. sich so antwortet, als wüßte sie von solchen Tatsachen nichts und als wäre in den Versammlungen des Buchbinderverbandes noch nie die Neutralität — und zwar ganz brutal — verletzt worden ist nicht weiter verwunderlich. War manches unserer Mitglieder, das früher dem B.-Z. angehörte, könnte es vor Gericht erklärt werden, daß in den Versammlungen des „neutralen“ Buchbinderverbandes — nicht nachher — für die

Sozialdemokratie Propaganda gemacht, daß das Christentum verhöhnt wurde. Warum also immer wieder die elende Heuchelei?

Frage an Herrn Müller: Sind Sie der Meinung, daß Sie jetzt, nachdem Sie dem sozialdemokratischen Buchbinderverband beigetreten sind, einem neutralen Verband angehören?

Wir haben also dargelegt, daß unser Verband keine Neutralitätsverletzung begangen hat, auch keine bulden wird, wenn irgendwo in einer Ortsgruppe ein Mißgriff vorkommen sollte.

Beim Buchb.-Verband ist das Gegenteil der Fall. Was die Auslassungen des Herrn Müller bezüglich unseres Mitgliederbeitandes betrifft, müssen wir der Wahrheit gemäß feststellen, daß die Behauptungen Müllers ganz willkürlich aufgestellt sind und mit den Tatsachen im Widerspruch stehen.

Wenn Müller Lust verspürt, uns den Vorwurf der absichtlichen Fälschung zu machen, dann mag er dies tun und die notwendigen Belege beibringen. Solange er dies nicht tut, bleiben seine aus der Luft gegriffenen Behauptungen unbegründete Verteufelungen. Eine sonderbare Logik entwickelt die Buchb.-Ztg., indem sie aus dem Umstand, daß die Zahlstelle Berlin im 4. Quartal 1911 nur 7.883 Mk. an die Zentrale einbrachte, schließt, daß man die Zahl der dortigen Mitglieder an fünf Fingern abzählen könne. Es ist bei mehreren Zahlstellen im Laufe der Zeit vorgekommen, daß sie mehrere hundert Mark in einem Quartal an Unterstützungen vorausgaben und aus diesem Grunde nur noch einen geringen Betrag einbringen konnten, oder gar einen Zufußschuß seitens der Zentrale benötigten. Die Schlässe, die von der B.-Ztg. in bezug auf Berlin und Weipzig gezogen werden, sind so einseitig, daß man darüber lachen muß. Daß die Zahlstelle Donaueschingen einmal den Hebertritt zum „Deutschen“ Buchbinderverband beantragen wollte, ist nur so zu erklären, daß die dortigen Kollegen feinerzeit eine sehr nebelhafte Vorstellung von dem Charakter dieses Verbandes hatten. Mittlerweile haben sie sich aber besser orientiert und der Buchbinderverband braucht nicht zu hoffen, daß unsere Zahlstelle Donaueschingen eines Tages mit fliegenden Fahnen zu ihm kommen wird.

Unsern Gauleiter Wächter hat man zu der Versammlung in der Herr Adolf Müller seine Weisheit verzapfte, nicht zugelassen. Wenn Müller ein gutes Gewissen und ein bishigen Charakter hat, dann muß er uns Gelegenheit geben, uns in einem Kreise, wo wir ungehindert sprechen können, seine Darlegungen anzuhören und dazu Stellung zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit werden wir dann noch einige besonders schöne Charaktereigenschaften des Herrn Müller beleuchten müssen, damit Jedermann begreift, daß man ihm sehr viel zutrauen kann, nur nicht's Gutes.

Aus Freiburg, wo Adolf Müller früher tätig war, erhalten wir nachstehendes Gedicht mit der Bitte um Veröffentlichung.

Dem Müller ins Stammbuch.

Herr Müller war, wie allebetannt,
Stets auf der Jagd nach einem Amt.
Als er verbrannt bei den „Schwarzen“ die Stoten,
Ging schnurstrals hin er zu den Noten.
Mit Freuden ward er aufgenommen;
Er hoffte, bald ein Amt zu bekommen;
Er meint, mit seinem Streberverstand
Sei würdig er für's größte Amt.
Jedoch die Noten sind auch nicht dumm.
Sie schau'n sich an ihr Publikum.
Nach einiger Zeit, — o welch' Malheur —
Ist Müller auch kein Amler mehr.
Jetzt noch zu den Gelben oder Hirschen,
Um dort noch ein Amt zu pfeuchen;
Doch leider ist auch hier nichts zu machen,
Weil er nicht taugt für solche Sachen.
Es heiß bei ihm, wie bei den Weissen:
„Schufter, bleib' bei Deinem Besten!“
Gewidmet von einem Freiburger.

Gewerkschaftliches.

Zum Kampf in der Krefelder Textilindustrie.

Die sozialdemokratische Presse überbietet sich zurzeit in den gehässigen Angriffen gegen den Zentralverband christlicher Textilarbeiter wegen dessen Verhalten beim Krefelder Färberstreik. Vernünftig denkende Menschen werden aber schon bei oberflächlicher Prüfung der Sachlage sofort erkennen, daß der christliche Verband im wohlwollenden Interesse der Arbeiter durchaus korrekt gehandelt hat, der sozialdemokratische Verband aber eine unverantwortliche, arbeiterschädigende Taktik befolgt. Gewiß kann es bei Lohnbewegungen Situationen geben, wo der Kampf nötig ist; dann nämlich, wenn die Unternehmer den Scharfmacher herauskehren und überhaupt nichts bewilligen, oder wenn die gemachten Zugeständnisse einen ehrenvollen Abschluß nicht ermöglichen. Weides trifft in Krefeld nicht zu. In den Färberereien sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit Jahren tariflich geregelt. Die Unternehmer sind den Arbeitern auch jetzt wieder nach dem eigenen Zugeständnisse der Sozialdemokraten „nicht unbeträchtlich“ entgegengekommen. Ein ehrenvoller Abschluß war möglich. Die Fortführung des Kampfes, die Aufnahme der Aussperrung konnte der Arbeitererschaft nur Verluste, keine Vorteile mehr bringen. Und trotzdem setzte der sozialdemokratische Verband den Kampf fort. Damit hat er die Arbeitererschaft schwer geschädigt; die Führer selbst verlieren den größten Teil der erzielten Erfolge. Das kann mit Zahlen leicht nachgewiesen werden. Die Färber stehen jetzt 8 Wochen im Streik. Nehmen wir als Grundlage der Berech-

nungen 10 Wochen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Lohnverlust der 2500 Färber (bei einem Durchschnittslohn v. 22 Mk. p. Woche)	550 000 Mk.
An die Färber bezahlte Streikunterstützung	300 000 „
Lohnverlust der 15 000 ausgesperrten Arbeiter (für zwei Wochen)	576 000 „
An die Aussperrten bezahlte Streikunterstützung	200 000 „
Gesamtverlust	1 626 000 Mk.
Die bisher erzielten Erfolge belaufen sich für 3/4 Jahre auf	940 000 „

bleibt ein Verlust für die Arbeiter und deren Organisationen von 686 000 „

Schon der Lohnverlust der Färber allein und die an sie bezahlte Streikunterstützung wegen also die erzielten Erfolge bereits nahezu auf. Rechnet man die Lohnverluste der ausgesperrten Arbeiter und die an sie bezahlte Unterstützung hinzu, dann ergibt sich für die Arbeiter und deren Organisationen ein Verlust von 686 000 Mk. — Ein ausgeleierter Färbergeselle über 24 Jahre erhält nach dem am 25. Februar zustande gekommenen Lohnsätze 25 Mk. pro Woche und ab 6. Juni 25,50 Mk. An Streikunterstützung erhält er bei 40 Wg. Beitrag und bei 3 unermäßigten Kindern 11,85 Mk. pro Woche. Das Bild gestaltet sich dann für den einzelnen Arbeiter bei einem zehnwöchigen Kampf wie folgt:

Lohnverlust	250,- Mk.
Streikunterstützung	118,50 „
Gesamtverlust	368,50 Mk.
Die zugestandene Lohnzulage beläuft sich für ihn für 3/4 Jahre auf	273,50 Mk.

Das Konto beträgt 95.— Mk.

Die Gesamtopfer, die Arbeiter und Organisation gebracht haben, übersteigen also den für ersteren erzielten Erfolg um 106 Mk. Der Arbeiter selbst büßt für dieses und das nächste Jahr die zugestandene Lohnzulage ein. Diese beläuft sich für die erwähnte Zeit auf 187 Mk. Der Arbeiter aber hat an Lohnverlust 250 Mk.; er erhält an Streikunterstützung 118,50 Mk., bleibt ein Minus von 131,50 Mk. Er hat somit für dieses und das nächste Jahr unsonst gekämpft. — Von diesen Gesichtspunkten aus war es ein frevelhaftes Spiel mit den Arbeiterinteressen, den Kampf auf die Spitze zu treiben. Die christlichen Arbeiterorganisationen kämpfen nicht um des Kampfes, sondern um des Erfolges willen, sie lassen sich einzig und allein vom Arbeiterinteresse leiten. Diesen Grundsätzen gemäß hat der Zentralverband christlicher Textilarbeiter jetzt in Krefeld gehandelt und darf der Zustimmung aller rechtshabenden Kreise sicher sein.

Die Aussperrung im Malergewerbe

bröckelt weiter ab. Am Beginn der 9. Kampfwoche waren noch etwa 10 500 Gehilfen ausgesperrt, arbeitslos oder im Streik, denen 19 000 Gehilfen gegenüber standen, die bereits zu neuen tariflich geregelten Bedingungen arbeiten. Dadurch ist in diesen Orten, wie Köln, Dortmund, Freiburg i. W., München usw. der Kampf praktisch erledigt, wozu eine erhebliche Anzahl von Städten kommt, wo durch korporative Tarifabschlüsse der Kampf auch formell beendet ist. Die Arbeitgeberpresse sucht gleichwohl diesen Stand der Dinge zu verschleiern und prophezeit nun schon seit sechs Wochen den „großen Sieg, der schon in kurzer Zeit oder gar schon in wenigen Tagen“ den Aussperrlingen zufallen werde. Vielen Malermeistern wird beim Warten auf den „Sieg“ die Zeit schon recht lang, besonders denen, welche Inhaber eines richtigen Geschäftes sind. Um die bei der Länge zu halten, werden die Innungen weiter mißbraucht. Trotz der Erklärung des preussischen Handelsministers, der das Verhalten der Innungen als ungescheit bezeichnet, fassen sie diese ihre ungescheitlichen Beschlüsse erneut, verschärfen sie sogar noch. Wenn dieses Verhalten für das Innungswesen unangenehme Folgen zeitigen sollte, so werden sich die Handwerksmeister bei den Scharfmachern im Malergewerbe dafür zu bedanken haben.

In der letzten Aprilwoche hat auf Veranlassung des Berliner Oberbürgermeisters Excellenz Wermuth eine Aussprache von Vertretern der kämpfenden Parteien stattgefunden, wobei vereinbart wurde, unter dem Vorbehalt der drei Unparteilicheren und unter Zugleichung von je zwei Vertrauensmännern der Arbeitgeber und -nehmer eine Einigungsverhandlung zu veranstalten. Aus mehrfachen Gründen mußte der zunächst dafür in Aussicht genommene Termin verschoben werden, so daß es in den Tagen nach Pfingsten zu Verhandlungen kommen wird. Ob sie zum Ziele führen, hängt davon ab, daß der Arbeitgeberverband von seinem Kadettallor erwaht, und jenen Leuten endlich einmal die Dinge so zeigt, wie sie tatsächlich liegen. — Die Malergehilfen leben bei weiterer Entwicklung mit der bisherigen Mäßigkeit und Ruhe entgegen, die dem Bewußtsein entspringt, für eine gerechte Sache zu kämpfen.

Mundschau.

Die Lehrlingsabteilung im dem Verbands der Lithographen, Steindruckers usw.

blickt auf ein fünfjähriges Bestehen zurück. Die „Graphische Presse“ (Nr. 15) bringt aus diesem Anlaß einen Tätigkeitsrückblick, dem wir einige interessante Einzelangaben entnehmen.

Zunächst was den gegenwärtigen Stand anbelangt: Am 1. März 1912 zählte die Abteilung 2867 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des letzten Jahres 906 Lehrlinge und zwar lernten davon 440 Steindruckers, 180 Lithographen, 182 Chemigraphen, 25 Bildhauer, 13 Kupferdrucker, 14 Photographen und 37 Formsticker. Ausgetreten sind sofort in die Gehilfenabteilung des Verbands

bes übertreten sind zusammen 804 Lehrlingsmitglieder und zwar 417 Steinbruder, 208 Lithographen, 132 Chemigraphen, 18 Lichtbruder, 4 Kupferbruder, 13 Photographen und 12 Formstecher. Als Hauptereignis läßt sich zusammenfassend sagen, daß auch diesmal wieder die Verteilung der Dienste für die Gewerkschaft in vollem Maße geklärt ist. Dieser Eindruck bleibt übrigens auch nach Abschluß des fünfjährigen Ueberblicks bestehen. Sören wir nun, was uns der Bericht sagt:

Insgesamt traten 7771 Lehrlinge ein und zwar lernten davon 3962 Steinbruder, 2131 Lithograph, 1295 Chemigraph, 151 Lichtbruder, 60 Kupferbruder, 56 Photographen und 210 Formstecher. Hierbei bemerken wir, daß wir die Verteilung der einzelnen Berufe so einstellen, wie die Lehrlinge nach der Tätigkeit im Gewerbe zusammengehörig sind. So sind Kartographen und Zeichner den Lithographen, Reproduktionsphotographen für Chemigraphen und Reproduktionsphotographen für Lichtbruder zugezählt. — Der Abgang in den fünf Jahren verteilt sich wie folgt: Ausgetreten sind in der Geschäftsabteilung des Verbands übergetreten sind 1938 Steinbruder, 1074 Lithographen, 507 Chemigraphen, 72 Lichtbruder, 25 Kupferbruder, 65 Photographen und 71 Formstecher. Gestorben sind während ihrer Verzeitr 14 Steinbruder, 11 Lithographen, 8 Chemigraphen und 1 Lichtbruderlehlende. Ausgetreten durch Berufswahl oder unter dem Druck der Prinzipale sind während der fünf Jahre 790 Steinbruder, 518 Lithographen, 245 Chemigraphen, 96 Lichtbruder, 13 Kupferbruder, 30 Photographen und 66 Formstecherlehlende.

Aus der finanziellen Ueberblick über die fünfjährige Berichtsperiode seien folgende Angaben herausgeholt:

Seit Bestehen der Verbrüderungsabteilung haben diese eine Einnahme an Mitgliederbeiträgen von 64 632,50 Mark zu verzeichnen. An Krankenunterstützung wurden in dem gleichen Zeitraum in insgesamt 6909 Erkrankungsfällen 60 466,88 Mk. an Sterbegeld 1220 Mk. und an kleineren sonstigen Ausgaben 5817,34 Mk. verausgabt. Hierzu kommen dann noch die Druckkosten für die den Lehrlingen unentgeltlich gelieferte „Graphische Jugend“ und „Graphische Mundschau“. Diese betragen in den abgelaufenen fünf Jahren rund 3000 Mk. Dabei ist aber die Redaktion für die „Graphische Mundschau“ und „Graphische Jugend“, sowie die dazugehörigen Mitarbeiterhonorare, die prozentual auf die Abteilung entfallen, nicht mit gerechnet; wir haben also nur die Druckkosten erwähnt. Auch so manche sonstige Ausgaben für Bibliotheken, Versammlungen, Kurse und sonstige Veranstaltungen sind meist von der Verbandskasse in den einzelnen Mitgliedschaften bestritten worden, die eigentlich auch mit in die Abrechnung der Verbrüderungsabteilung eingestellt werden müßten. Und endlich müssen wir der hohen Ausgaben Ermöhlung tun, die gemacht wurden, indem die ausgetretenen Lehrlinge sofort Hilfe- und Arbeitslosenunterstützung erhielten. Aber auch diese können nicht zahlenmäßig festgestellt werden, weil auch diese Ausgaben direkt von der Verbandskasse bestritten und bei der Geschäftsabteilung berechnet wurden.

„Rückblickswahn“

Die Agitationsmühle der sozialdemokratischen Presse klappt in diesen Tagen einmal wieder unermüdlich ihr Ried vom „Rückblickswahn des militaristischen Deutschland“. Man weiß selbst nicht, worüber man wehe stauen soll, ob über die Ungeniertheit, mit der die sozialdemokratischen Leitungsredakteure ihre Leser mit den abgetrauteten Schlagwörtern glauben traktieren zu dürfen, oder ob über die Gefährlichkeit und Gleichgültigkeit der sozialdemokratischen Partei, mit der diese die abgetandenen Berichte aus der sozialdemokratischen Kasse hineinnehmen. Denn daß die Redaktionen, mit denen die sozialdemokratische Presse den in den neuen Heeresvorlagen angeblich zum Ausdruck kommenden „Rückblickswahn“ betreibt, ganz und gar danebengehen, dürfte für jeden klar sein, der sich die durch die Ummächtigungen auf dem Balkan geschaffene Neulage des Dreieckes im allgemeinen und Deutschlands im besonderen sowie die sich namentlich in den letzten Jahren bei unseren Nachbarn zur Linken und Rechten bemerkbar machende Stimmung gegen Deutschland ernstlich und ohne Parteieinstimmungen zu Gemüte führt. Heute sind wir in der glücklichen Lage, für die Wichtigkeit unseres Standpunktes einige Kronzeugen, und zwar nicht leichtwegende, aus dem roten Lager selbst vorführen zu können, die sich wie die beste Begründung der neuen Heeresvorlagen lesen. So schreibt der radikale Führer *Autark* — gewiß kein Revisionist — in der „Neuen Zeit“ vom 8. November 1912: „Heute müssen wir mit der Möglichkeit eines Weltkrieges rechnen“; und der radikale Abgeordnete *Wendel* sagte am 8. Oktober 1912, als längst vor dem Bekanntwerden unserer neuen Militärvorlage, in derselben „Neuen Zeit“: „Zur Stunde lebt der Friede noch, wenn er auch in den letzten Augen liegen mag. Aber die internationale Sozialdemokratie tut gut daran, auf alles gefaßt zu sein: Balkankrieg, Weltkrieg, Weltrevolution.“

Roth einbringlicher spricht sich für die Notwendigkeit einer veränderten Heeresrichtung Deutschlands wegen seiner eigenartigen territorialen Lage „Grenze“ *Wendel* in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1913) aus, wo er ausführt: „Deutschland mußte das Aufschäumen des französischen Kriegespiels nach der Marokkafest, mußte die zweite Ostfront erleben, damit jedem inschaulich werde, wie verschieden die verschiedenen Lage das deutsche und das englische Leben bedinge, und daß ein Kontinentalstaat seine Stärke und seinen Ehrgeiz nicht in der vollen maritimen Oberbärtigkeit mit einem Inselstaate suchen könne. Das wirkliche deutsche Problem lautet vor dem Deutschen jetzt auf als einem aufreißer in die Schwankungen der kontinentalen Nachbarverhältnisse eingebogenen Volk, das zugleich durch seine Wirtschaftsentwicklung nach der See hinübergehoben wird, seinen Bedingungen seines Lebens zu widerstand. Warum werden, warum können, gelöst werden, daß hat jetzt Deutschland mit seinen unendlich großen Verkehrsnetzen und Verkehrsverbindungen:

Roth nie war einem großen Volke eine schwieriger Aufgabe unter ungünstigen Umständen gestellt.“

Von Ausland sagte schon im Jahre 1888 der nunmehr verstorbenen sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Liebke:

„Austland spielt mit Deutschland wie die Raube mit der Maus, und wenn wir den Frieden mit Ausland und mit Ostfronten des Weltfriedens noch so ernstlich wollen, wir können ihn niemals bekommen. Ausland ist durch und durch eine imperialistische Macht, und das soziale Ausland muß seiner ganzen Natur nach ein erobrerischer Staat sein. Ausland in der Gestalt, die es gegenwärtig hat, seine Eroberungspolitik nicht aufgeben, es ist ein Raubstaat, der ohne Völkerverraub nicht bestehen kann. Also wenn wir auf ein friedliebendes Ausland rechnen, so täuschen wir uns. Das heutige Ausland wird stets eine Gefahr des Weltfriedens sein.“

In ähnlicher Weise beleuchtete Veibel in der Militärkommission vom Jahre 1893 die Lage des Deutschen Reiches gegen Ausland. Auch er betonte: „Der gefährlichste Feind wird in der Zukunft nicht Frankreich, sondern wird Ausland sein.“ Und dann führte er aus: „Die Gefahr, daß Ausland seine Herrschaft über ganz Europa ausdehnt, liegt näher als je. Je mehr Ausland sich dem Zustande nähert, mit dem gegenwärtigen Regierungssystem zu brechen, eine Art parlamentarische Regierung einzurichten, desto mehr wird es in der Lage sein, sich hinsichtlich zu kräftigen, ungeheuren Hilfsquellen zu erschließen und uns dann anzugreifen. Unsere Lage wird daher von Jahr zu Jahr immer schlechter, und der europäische Krieg bleibt nicht aus, an welchem alle großen Staaten teilnehmen werden, und in welchem Deutschland den letzten Mann und den letzten Groschen für seine Existenz wird daransetzen müssen, weil es sogar nach drei Seiten zu kämpfen haben wird.“

Es ist also ein sozialdemokratischer Quindup, wenn es so dargestellt wird, als ob die kriegerischen Kämpfungen „nur des kapitalistischen Profits wegen“, wie heute die sozialdemokratische Presse wieder orakelt, stattfänden.

Daß Millionen von Arbeiterfamilien in ihrer Existenz bedroht wären, wenn wir gegen einen möglichen Angriff nicht stark genug gelächert wären, das verschweigt die rote Presse natürlich.

Aus den Zahlheften.

Duisburg. Am Samstag, den 26. April, abends 9 Uhr fand die Gründungsversammlung der hiesigen Zahlheftstelle statt, zu der sich die Kollegen vollständig eingetunden hatten. Der provisorische Vorsitzende, Kollege Nauen, begrüßte zunächst die erschienenen Kollegen und gab besonders den Zentralvorstehenden Hornbad (Köln) ein Wort folgende Tagesordnung bekannt gegeben: 1. Kassenbericht, 2. Vortrag, 3. Wahl eines Vorstandes, 4. Beschlußfassung betr. Erhebung eines Lokalbeitrages, 5. Verschiedenes. Abdomm erbatete Kollege Nauen den sehr aufrechtenstellenden Kassenbericht. Hierauf wurde dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag erteilt. Redner betonte, das Ziel des Verbandes wäre, die Kollegen auf wirtschaftlichem Gebiete zu schulen; weiterhin Herbeiführung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie Erhebung von Tarifverträgen. Dieses könne aber nur erreicht werden durch Zusammenschluß der Berufslogen. Kollege Nauen dankte dem Referenten im Namen der gesamten Kollegenschaft für den schönen Vortrag.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: Vorf. Grotteloes, Kassierer Nauen, Schriftführer Keller. Als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Robin und Lammer und als Kartellbeauftragter Koll. Keller gewählt. Zu Punkt 4 — Beschlußfassung betr. Erhebung eines Lokalbeitrages — wurde einstimmig beschlossen, daß ein Lokalbeitrag erhoben werden soll. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Festlegung der Versammlungen erörtert; man verständigte sich soweit, daß jeden 4. Samstag im Monat Versammlung abgehalten werden soll. Kollege Grotteloes richtete zum Schluß eine kräftigen Appell an die Kollegen, 12.00 zusammenzubringen, zu agitieren. Am 11^{1/2} Uhr fand die Versammlung ihr Ende mit einem dreifachen Hoch auf den Graphischen Zentralverband. Der nun folgende gemütlche Teil hielt die Kollegen noch in lebhafter Unterhaltung zusammen.

Lebberich. Am Sonntag, den 27. April feierte die hiesige Zahlheftstelle ihr erstes Stiftungsfest unter reger Beteiligung der Mitglieder und ihrer Angehörigen. Gegen 8 Uhr eröffnete unser Vorsitzender die Versammlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Abdomm spielte das Orchester einige Konzertsstücke. Die darauf folgende Rede unseres neuen Kassierers behandelte das Thema: Die Entwicklung der Schrift, der Papierindustrie und der Druckmaschine. Lebhafter Beifall lohnte den Redner.

Nach angenehmer Unterhaltung, zu der ein nettes Theaterstück beitrug, hielt unser Schriftführer noch eine Ansprache; er forderte die Mitglieder zu treuem Zusammenhalten auf und ermahnte sie gleichzeitig, in der Werbearbeit nicht zu erlahmen. Dies ist zum Ruhm der Mitglieder selbst und zur Ehre des Verbandes. In vorgeklärter Stunde strebten die Teilnehmer den heimatischen Venaten zu.

Merken. Samstag, den 3. Mai schien es, als ob man hier aus Vergangenheit noch nichts gelernt hätte, denn man versuchte wieder wie vor Jahren für event. Beurlaubungen die Arbeiterschaft hartbar zu machen und diktierte kurz: 165 Mark find den Badern und Schneidern am Lohn zu fügen, weil nachlässig gearbeitet sei. Auch gab man zu verstehen, daß hiermit die Sache noch nicht endgültig abgetan sei, sondern daß event. noch weitere Abzüge gemacht würden. Soviel Courage, den ganzen Betrag den 3 Kollegen auf einmal abzuhacken, schien man doch nicht zu haben, sondern man plante, die Abzahlung ratenweise vorzunehmen, und beschränkte sich durch mit 18 Mark.

Die Kollegen hatten jedoch nicht die Absicht, sich, wie sie angaben, unfaßlich den verdienten Lohn fügen zu lassen und protestierten dagegen; vorerst allerdings ohne Erfolg. Auf sofortigen schriftlichen Einspruch des Bezirksleiters hin hat die Firma alle weiteren Aufträge aufgegeben und möchte jetzt nicht mehr von Schadenersatz reden, sofern die bereits eingehaltenen 15 Mark als Strafe betrachtet werden. Weiter erbat der Firmeninhaber sich schriftlich den Besuch der Bezirksleitung, so daß zu hoffen ist, daß die noch ausstehenden 15 Mark noch ihre richtige Adresse finden. Die Sonntag Abend stattgefundenen Versammlung, zu welcher auch unser Zentralvorstehender Hornbad erschienen war, billigte das Vorgehen der Bezirksleitung und war im übrigen darin einig, daß wir uns früher beliebte willkürliche Lohnreduzierungen jetzt als organisierte Arbeiter nicht mehr bieten lassen können. Öffentlich sehen diejenigen Arbeiter der Firma Gebr. Schmidt, die uns mit Absicht noch fernstehen, endlich ein, daß wir auch unsere Leute zu schätzen wissen und finden recht bald den Weg zur Organisation. Wbg.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

Augsburg. Jeden 2. Sonntag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schützenhalle“ Wintergasse 12.

Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Refr. Wilms, Ludwigsstr. 31 in Elberfeld und im Refr. Undermann Oberbörnert 16 in Barmen.

Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, 1 Errolauerstr. 63 (Gärtnerheim) pünktlich 8^{1/2} Uhr. Abende 8^{1/2}.

Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Christl. Gem.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.

Bonn. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant König, Bonngasse 4.

Erfeld. Jeden 1. Montag im Monat findet in der Reichshalle am Westwall um 8^{1/2} Uhr unsere Versammlung statt.

Danzig. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung, abends 8^{1/2} Uhr im St. Josephshaus, Köpfergasse.

Dresden (Oberb.). Jeden 1. Samstag im Monat findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt.

Düsseldorf. Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum Hasen Eck“ (Carl Köhner).

Duisburg. Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant Geyse, Friedr. Wilh.-Platz, Eck Sonnenwall.

Höfelfeld. Nächste Versammlung am 17. Mai.

Köln. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8^{1/2} Uhr im Restaurant Carl Wollen, Albrechtplatz.

Freiburg. Samstag, den 17. Mai im Verzehrslokale Brauerei Ganten, Schiffr.

Freising. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im Christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.

Gagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gasthof Körsnerstr. 19.

Hamburg. Nächste Versammlung am 10. Mai in Hagelstein Gesellschaftshaus, Schlichterstr. 43/44.

Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.

Mün. Am 24. Mai im Dreieck.

München. Am 17. Mai im Schommergarten, Schommertstr.

M. Stadthaus. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert Steppesstraße 1^{1/2} Uhr.

Münster. Samstag, den 17. Mai bei Stegmann-Kleemannstr. Wohlthätiges Erscheinen Ehrenpflicht.

Nürnberg. Jeden 8. Samstag im Monat Mitglieder-versammlung im Restaurant Kaufmänn.

Paderborn. Jeden 2. Dienstag im Monat im Piusstause.

Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobinerstraße.

Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8^{1/2} Uhr Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christophstr. 11.

Würzburg. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Sandgasse.

Unserer werten Kollegin
Kath. Wacken
nebt deren Bräutigam die besten Wünsche zur Vermählung.
Zahlheftstelle Schlich, Abt. Merken.

Unserem werten Kollegen
Jakob Wehren
und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlheftstelle Kevellae.

Unsere lieben Kollegen den Brautleuten
Joh. Porsagen, Heinz. Koch u. Heinz. Schelen
nebt Gemahlinnen die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlheftstelle Kevellae.

Adressen.
Duisburg. Vorsitzender Leo Grotteloes, Josefstr. 6; Kassierer Wilh. Nauen, Postfeldstr. 2; Schriftführer Leo Keller, Josefstr. 13.
Lebberich. Kassierer Carl Dömgel, Kumpenertstraße.
Danzig. Abt. Ehrenleiter Handeldrucker, Marschstr. 9
Vorsitzend: H. Grotteloes, Albin, Kaiserwall 6.